



## Dr. Christos Pantazis

Mitglied des Niedersächsischen Landtages  
Abgeordneter des Wahlkreises 1 | Braunschweig-Nord

Bürgerbüro DR. PANTAZIS MdL | Schloßstraße 8 / 2. Etage | 38100 Braunschweig

Bürgerbüro DR. PANTAZIS MdL

*Volksfreundhaus*

Schloßstraße 8 / 2. Etage  
38100 Braunschweig

Fon: +49 531 4827 3220

Fax: +49 531 4827 2717

[info@christos-pantazis.de](mailto:info@christos-pantazis.de)

[www.christos-pantazis.de](http://www.christos-pantazis.de)

27. Februar 2014

**PRESEMITTEILUNG**

## **Rede von Dr. Christos Pantazis MdL**

### **zu Tagesordnungspunkt 14**

### **Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:**

### **„Visitenkarte unserer Kommunen: Willkommenskultur fängt in den Ausländerbehörden an“**

### **während der Plenarsitzung vom 27.02.2014 im Niedersächsischen Landtag**

Sehr geehrte/-r Herr Präsident/-in!

Verehrte Kolleginnen und Kollegen,

in der Koalitionsvereinbarung „Erneuerung und Zusammenhalt“ haben wir uns darauf verständigt, uns für ein weltoffenes Niedersachsen einzusetzen und Vielfalt und Teilhabe zu stärken. Denn unser Land, Niedersachsen, hat eine lange Einwanderungsgeschichte vorzuweisen und es lebt von seiner Vielfalt, dem Engagement und den Ideen der Menschen ganz unterschiedlicher Herkunft.

[www.facebook.com/ch.pantazis](https://www.facebook.com/ch.pantazis) [www.twitter.com/ch\\_pantazis](https://www.twitter.com/ch_pantazis)

Sprecher der SPD-Landtagsfraktion für Migration und Teilhabe  
Mitglied des Ausschusses für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Migration  
Mitglied des Ausschusses für Wissenschaft und Kultur  
Stellv. Mitglied des Ausschusses für Haushalt und Finanzen  
Mitglied der Kommission zu Fragen der Migration und Teilhabe

Seit etwas mehr als einem Jahr Regierungskoalition beweist Rot-Grün, dass sich die Integrationspolitik nicht nur in folkloristisch anmutender Fassade erschöpfen darf oder dass das Ausländerrecht nur rein ordnungspolitisch betrachtet wird.

Nein! Sie hat in den letzten 12 Monaten eine Politik auf dem Gebiet der Ausländer- und Flüchtlingspolitik verfolgt, die mit Fug und Recht als Paradigmenwechsel bezeichnet werden darf.

Mit der Einführung des Amtes der unabhängigen Landesbeauftragten für Migration und Teilhabe, der Professionalisierung der Migrantenselbstorganisationen, der Reform der Härtefallkommission und nicht zuletzt der Neukonstituierung und Stärkung der Landtagskommission zu Fragen der Migration und Teilhabe nenne ich Ihnen nur einige Beispiele, wo es Rot-Grün seit dem Regierungswechsel angepackt und besser gemacht hat!

Verehrte Kolleginnen und Kollegen,

unser Ziel muss die Erlebbarkeit der Vielfalt des Landes sowie die vollständige Teilhabe von zugewanderten Menschen am gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Leben sein. Aus genau diesem Grund lehnen wir eine Unterscheidung in „wir“ und „ihr“ ab und haben die Begrifflichkeit der „Integration“ durch den selbstverständlichen gesellschaftspolitischen Anspruch auf „Teilhabe“ ersetzt.

In diesem Zusammenhang kommt der Etablierung einer Willkommens- und Anerkennungskultur eine große Bedeutung zu.

„Willkommenskultur“ bietet vor allem vor dem Hintergrund seiner zentralen Begründungsfaktoren „demografischer Wandel“ und „Fachkräftebedarf“ einen sehr pragmatischen und konkreten Türöffner zu einem weiteren Paradigmenwechsel in der Einwanderungs- und Integrationsdebatte.

Allerdings ist mir hierbei wichtig, dass jede | jeder – mit seiner ganz individuellen Historie – in unserem Land herzlich willkommen ist! Ich will das hier unmissverständlich klar stellen: - für mich gibt es nicht die guten, gewinnbringenden Einwanderer hier und die vermeintlich die Sozialkassen belastenden Einwanderer dort - für mich gibt es lediglich Menschen, die hier in unserem Land leben und ihre neue Heimat finden wollen. Und genau diese Menschen sollten wir willkommen heißen!

Verehrte Kolleginnen und Kollegen,

„Willkommenskultur“ geht weg von negativen und defizitorientierten Ansätzen und hin zu Potentialen, Chancen und Ressourcen von Einwanderung und ethnisch-kultureller Vielfalt.

„Willkommenskultur“ zielt sehr positiv auf das Leitbild eines weltoffenen, von einer Kultur der Wertschätzung und Anerkennung gesellschaftlicher Vielfalt geprägten Landes und bietet somit die Möglichkeit Einwanderung als Selbstverständlichkeit zu betrachten.

Sie leistet einen wichtigen Beitrag zu einer weiteren Abkehr von einer überholten Abschottungskultur – und ja – sie bietet auch die Chance sich mit dem bisher vernachlässigten Thema der Anerkennungskultur für bereits hier lebende Menschen mit Migrationshintergrund auseinander zu setzen!

Verehrte Kolleginnen und Kollegen,

Rot-Grün hat sich in der Koalitionsvereinbarung verpflichtet „Willkommenskultur zu leben und Zuwanderung zu erleichtern“. Bei der Etablierung einer solchen lebendigen Willkommenskultur sind staatliche Institutionen zuallererst gefragt.

Da die zuständige Ausländerbehörde neben der Meldebehörde meist die erste Anlaufstelle für Zuwanderinnen und Zuwanderer ist, trägt sie entscheidend zum Bild der neuen Heimat – unseres Landes – bei!

Unumstritten kann man die Ausländerbehörde demnach als Visitenkarte des Landes und der Kommunen bezeichnen.

Vor diesem Hintergrund stellt die institutionelle Wandlung der Ausländerbehörden, im Sinne von Service- und Willkommenszentren, einen ersten Baustein für ein weltoffenes Niedersachsen dar!

Wir sind der festen Überzeugung, dass die Informations- und Beratungspflicht, die auf Angebote, Hilfestellungen und die Beseitigung von Hindernissen ausgerichtet ist, wieder im Vordergrund stehen muss.

Kurz gesagt, die Ausländerbehörden stehen vor der Herausforderung, die Erfüllung staatlicher Hoheitsaufgaben mit einer Willkommenskultur zu verbinden.

In diesem Zusammenhang bestärken wir durch unseren hier eingereichten Entschließungsantrag die Landesregierung in Ihrer Absicht, die niedersächsischen Ausländerbehörden im Rahmen eines Pilotprojektes bei weiteren Optimierungsprozessen zur Verbesserung ihrer Serviceorientierung und interkulturellen Ausrichtung zu beraten und zu begleiten.

Durch eine umfängliche Dokumentation der Prozesse, der Erkenntnisse sowie der Empfehlungen, können diese später auch anderen Behörden bei ähnlichen Entwicklungsprozessen zugutekommen.

Daher fordern wir die Landesregierung ferner auf, das Pilotprojekt nach zwei Jahren kritisch zu evaluieren und den Landtag über genau diese Erkenntnisse und Empfehlungen zu unterrichten.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen,

lassen Sie mich abschließend meiner Hoffnung Ausdruck verleihen, dass möglichst viele Ausländerbehörden – im Sinne einer gelebten Willkommenskultur aber auch vor dem Hintergrund der Zukunftsfähigkeit unseres Landes – gewillt sind, in der Ausländer- und Flüchtlingspolitik neue Wege zu beschreiten und es gemeinsam mit uns erfolgreich anzupacken und letztendlich besser zu machen!

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!